

Hüther, Michael; Obst, Thomas

**Research Report**

## Makroökonomische Auswirkungen der Zeitenwende 2.0

IW-Kurzbericht, No. 23/2025

**Provided in Cooperation with:**

German Economic Institute (IW), Cologne

*Suggested Citation:* Hüther, Michael; Obst, Thomas (2025) : Makroökonomische Auswirkungen der Zeitenwende 2.0, IW-Kurzbericht, No. 23/2025, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313557>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Makroökonomische Auswirkungen der Zeitenwende 2.0

Michael Hüther / Thomas Obst, 05.03.2025

**Im Lichte der internationalen Herausforderungen werden die budgetpolitischen Perspektiven neu diskutiert: Die teilweise Ausnahme der Verteidigungsausgaben aus der Schuldenbremse und die Einrichtung eines neuen föderalen Infrastruktur-Sondervermögens sind geplant (CDU/CSU/SPD, 2025). Welche gesamtwirtschaftlichen Effekte dies hat, haben wir mit dem Oxford-Modell analysiert.**

### Sondervermögen für Infrastruktur und flexible Schuldenregel für Verteidigung

Die langanhaltende Unterfinanzierung von Verteidigung und Infrastruktur lassen sich nicht über den laufenden Steuerhaushalt kompensieren. Während Infrastrukturinvestitionen ökonomisch gut begründet über den öffentlichen Kredit finanziert werden sollten, gilt das bei den Verteidigungsausgaben grundsätzlich nur für den FuE-Anteil. In einer Punktation für die Koalitionsverhandlungen von Union und SPD ist entsprechend argumentiert worden (Fuest et al., 2025). Hieraus sind folgende Punkte besonders relevant:

- Beide Sondervermögen müssen als Signal an Putin sehr groß sein; Verteidigung 400 Mrd. Euro, Infrastruktur (Bund und Länder) 400-500 Mrd. Euro.
- Substitutionseffekte zwischen Kernhaushalt und SV müssen mit entsprechenden Anreizen verhindert werden; es darf zu keinem Verschiebeparkplatz in

Richtung soziale Zwecke, insbesondere Rentenpolitik, kommen.

- Die zusätzlichen Investitionen in Infrastruktur müssen durch ein Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungsgesetz gespiegelt werden.

Für die Umsetzung sind die europarechtlichen Vorgaben (Stabilitäts- und Wachstumspakt) ebenso zu beachten wie die Vorsorge für künftige Generationen (keine Überforderung durch Zinslasten). Die EU-Kommission erwägt, bei nationalen Mehrausgaben für die eigene Sicherheit „die nationale Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts“ zu aktivieren (von der Leyen, 2025).

Angesichts des Zustands der zivilen Infrastruktur in Deutschland wird man die sicherheitspolitischen Ziele nur erfüllen können, wenn die umfassenden Mängel im Verkehrsbereich (Bauindustrie, 2025; Dullien et al., 2024) konsequent, d.h. vor allem verlässlich in einem klar definierten Zeitrahmen, bspw. auf zehn Jahre, bereinigt werden. Alles in allem ermöglichen die Sondervermögen eine glaubwürdige Stabilisierung elementarer Staatstätigkeit, die im Sinne der Verfassung dem Erfordernis nachhaltiger Finanzen gerade nicht nachsteht.

### Berechnungen im Oxford Modell

Die Aufstellung von Sondervermögen führt zu Fragen, beispielsweise über die Kapitalmarktwirkungen, die

# Ergebnis der makroökonomischen Simulationen

Abweichungen vom Basisszenario (ohne zusätzliche Staatsausgaben)

Sondervermögen für Infrastruktur (500 Mrd. Euro über 10 Jahre)				Mehrausgaben für Verteidigung (400 Mrd. Euro über 4 Jahre)			
		2029	2034			2026	2029
Reales BIP		0,7	0,9	Reales BIP		5,4	-0,7
Privater Konsum		0,4	0,8	Privater Konsum		1,2	-0,2
Investitionen (Total)		7,0	6,7	Investitionen (Total)		11,3	-0,8
Ausrüstungsinvestitionen	Prozent	0,8	1,1	Ausrüstungsinvestitionen	Prozent	11,9	-3,6
Verbraucherpreisindex		0,4	0,5	Verbraucherpreisindex		0,5	0,9
Industrieproduktion		0,8	1,0	Industrieproduktion		3,0	-1,6
Leistungsbilanzsaldo (am BIP)		-1,1	-1,2	Leistungsbilanzsaldo (am BIP)		-2,1	-1,3
Änderung Schuldenstandquote (am BIP)	Prozentpunkte	4,7	9,5	Änderung Schuldenstandquote (am BIP)	Prozentpunkte	-1,4	8,7
Zusätzliches Budgetdefizit (am BIP)		1,2	1,1	Zusätzliches Budgetdefizit (am BIP)		2,2	1,8

Quelle: Oxford Economics, Eigene Berechnungen

Inflationsfolgen und die Wachstumseffekte für die deutsche Volkswirtschaft. Entscheidend sind dafür Timing und Umfang der Ausgaben. Für unsere makroökonomischen Szenarien mit Hilfe des Oxford Modells (Oxford Economics, 2025) gehen wir davon aus, dass...

(1) ... das Infrastruktur-SV über zehn Jahre (ab 2025) zu zusätzlich 50 Mrd. Euro p.a. öffentlichen Investitionen führt; die Mittel werden vollständig verausgabt; alle Werte beziehen sich auf Preise im Jahr 2025 und begründen fortlaufend den gleichen realen Effekt.

(2) ... die vereinbarte Ausnahme der Verteidigungsausgaben ab einem Volumen von einem Prozent des nominalen BIP aus der Schuldenbremse besonders in den ersten vier Jahren (wegen der langwierigeren Beschaffung erst ab 2026) wirkt. Insgesamt wird angesichts der bestehenden Diskussionslage ein Volumen von 400 Mrd. Euro angesetzt, das zu den jährlichen Ausgaben von einem Prozent des BIP hinzukommt. Angenommen wird ein Front-Loading mit 150 Mrd. Euro im ersten Jahr, dann jeweils 100 Mrd. Euro in den Jahren 2027 und 2028 und 50 Mrd. Euro im vierten Jahr. Davon werden jeweils 20 Prozent als FuE-Ausgaben veranschlagt, die restlichen 80 Prozent werden als konsumtiver Staatsverbrauch behandelt.

Das Oxford Modell ist ein makroökonomisches Modell der globalen Wirtschaft. Das Modell erlaubt makroökonomische Simulationen über einen Zeithorizont bis zu

zehn Jahren. Das Basisszenario bezieht sich auf die von Oxford Economics selbst erstellten Prognosen für die einzelnen Volkswirtschaften. Das Modell ist monetaristisch in der langen Frist, sodass die Entwicklung von angebotsseitigen Faktoren wie dem Arbeitsangebot oder dem Kapitalstock bestimmt wird. In der kurzen Frist können hingegen Nachfrageschocks, etwa durch eine Veränderung der Staatsausgaben, die gesamtwirtschaftliche Produktion beeinflussen. Das Modell erfasst sowohl den direkten Effekt der modellierten Veränderungen auf das reale BIP als auch die damit verbundenen Multiplikatoreffekte und Zweitrundeneffekte, die erst zeitverzögert eintreten.

## 1 Infrastruktur-Sondervermögen von 500 Mrd. Euro über zehn Jahre

Im Modell ergeben sich deutliche Zuwächse bei den Investitionen und dem BIP, der Inflationsimpuls bleibt insgesamt schwach. Vor allem die Industrieproduktion dürfte nachhaltig zulegen. Sie liegt nach zehn Jahren ein Prozent über dem Basisszenario, gleichzeitig steigen die Ausrüstungsinvestitionen. Insgesamt ist der positive BIP-Effekt zunehmend und liegt 2034 0,9 Prozent über dem Basisszenario. Der negative Effekt beim Leistungsbilanzsaldo deutet darauf hin, dass ein signifikanter Teil der höheren inländischen Investitionsnachfrage nur über den Import von Vorleistungsprodukten bedient werden kann. Die Importe nehmen gegenüber den Exporten im Zeitverlauf deutlich stärker zu und führen

entsprechend zu einem Sinken des Leistungsbilanzüberschusses. Die Schuldenstandquote wird durch die Kreditaufnahme im Zeitverlauf zunehmen. Sie liegt nach zehn Jahren 9,5 Prozentpunkte über dem Basisszenario. Nichtsdestotrotz können höhere Staatseinnahmen über die Wachstumseffekte zum Teil selbstfinanziert werden. Dieser Selbstfinanzierungsgrad würde bis 2029 weiter ansteigen. Es kommt also auf den „langen Atem“ bei Infrastrukturinvestitionen an, damit sich die Wachstumseffekte materialisieren und zu höheren Staatseinnahmen führen.

## 2 Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 400 Mrd. Euro über vier Jahre

Bei der Verteidigung sind die makroökonomischen Effekte differenzierter. Der wesentliche Hebel liegt in einem kurzfristigen konjunkturellen Impuls. So liegt das reale BIP im Jahr 2026 mit 5,4 Prozent höher als im Basisszenario. Dadurch sinkt die Schuldenstandquote kurzfristig bis 2026 um 1,4 Prozentpunkte. Gleichzeitig wird deutlich, dass die aufzunehmenden Kredite die Schuldenstandquote bis 2029 ansteigen lassen. Ein signifikanter Teil der inländischen Nachfrage geht ebenfalls über den Importkanal ins Ausland. Im Unterschied zu dem „SV Infrastruktur“ wirkt das Front-Loading mit 150 Mrd. Euro zusätzlichen Staatsausgaben im Jahr 2026 besonders stark, danach gehen die positiven Effekte bei Investitionen und Konsum zurück und der BIP-Effekt kehrt sich 2029 ins Negative. Dieser Rückgang und der höhere Preiseffekt begründen sich durch den hohen Anteil der konsumtiven Ausgaben.

### Einordnung der Ergebnisse

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass in einer Betrachtung über die nächste Dekade vor allem aus dem Infrastrukturfonds deutliche Wachstumseffekte resultieren, insbesondere wenn man diese am Potentialpfad des deutschen BIPs von 0,5 Prozent misst. Bei den unterstellten Mehrausgaben für Verteidigung sind die Effekte geringer und wenden sich aufgrund des hohen Anteils konsumtiver Staatsausgaben ins Negative.

Angesichts der nunmehr verlässlichen Rahmenbedingungen dürfte die angebotsseitige Flexibilität durch eine entsprechende Reaktion der Unternehmen steigen. Nicht absehbar sind die Restrukturierungen in den Wertschöpfungsketten der europäischen

Rüstungsindustrie, die vor allem durch Skalierungen getrieben sein werden und auf eine Verringerung der Anzahl der Waffensysteme zielen. Das dürfte die volkswirtschaftlichen Kosten deutlich verringern.

Wenn die Verteidigungsausgaben seitens der EU-Kommission von der Defizitquote ausgenommen werden, bleibt diese deutlich unter der Grenze des SWP, sodass konjunktureller Handlungsspielraum verbleibt. Die Schuldenstandquote würde laut unserer Berechnung trotz der fiskalischen Maßnahmen unter dem Wert von knapp 80 Prozent bleiben, den Deutschland im Zuge der globalen Wirtschaftskrise im Jahr 2010 zu verzeichnen hatte. Trotz der Dringlichkeit und der Herausforderung sowie der daraus resultierenden enormen Summen ist es wichtig, den Kernhaushalt einer strengen Ausgabendisziplin zu unterziehen und den Druck auf eine fortwährende Haushaltskonsolidierung zu erhalten.

Die Lösung mit einem Sondervermögen für Infrastruktur hat den Vorteil, dass in den laufenden Haushalten von Bund und Ländern weiterhin die Schuldenbremse gilt. Die Ausnahme von der Schuldenregel für die Verteidigungsmehrausgaben ist zwar weniger transparent und volumenmäßig erst ex-post erfassbar. Doch bietet diese Lösung mit Blick auf unabsehbare Bedarfe ebenso die notwendige Flexibilität wie im Falle geringerer Notwendigkeiten.

### Literatur

Bauindustrie, 2025, Sondervermögen „Zivile Infrastruktur“, [Link](#) (5. März 2025).

CDU/CSU/SPD, 2025, Ergebnis aus den Sondierungsverhandlungen (4. März 2025).

Dullien, Sebastian / Gerards Iglesias, Simon / Hüther, Michael / Rietzler, Katja, 2024, Herausforderungen für die Schuldenbremse, IW-Policy Paper 2/2024.

Fuest, Clemens / Hüther, Michael / Schularick, Moritz / Südekum, Jens, 2025, Punktation zu aktuellen finanzpolitischen Fragen (27. Februar 2025).

Oxford Economics, 2025, Global Economic Model, [Link](#) (4. März 2025)

Von der Leyen, Ursula, 2025, Presseerklärung der Präsidentin zum Verteidigungspakt (4. März 2025).